

Verbot von „Osmanen Germania“ Längst überfälliger Schritt

Verstrickungen der Türken-Rocker mit türkischem Geheimdienst und DİTİB entlarven.

Ausdrücklich begrüßt die **AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg** das Verbot des türkischen Rockerclubs „Osmanen Germania“ durch das Bundesinnenministerium, das von den Abgeordneten der Alternative für Deutschland bereits seit geraumer Zeit auch vom baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl (CDU) mit Nachdruck gefordert worden war, ohne dass dieses brisante Thema von ihm auf die Agenda genommen worden wäre. Nach Auffassung der AfD kommt das Verbot der „Osmanen Germania“ nicht nur maßgeblich zu spät, es geht auch nicht weit genug und stellt daher nur einen halbherzigen Tropfen auf den heißen Stein dar. Nach dem Verbot des Rockerclubs „Osmanen Germania“ müssen umgehend auch die wahren Hintermänner und ihre Verquickungen mit dem türkischen Geheimdienst, der Regierung um Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sowie der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB) entlarvt und verfolgt sowie ihr Einfluss auf die deutsche Gesellschaft massiv zurückgedrängt werden. Über die Mitglieder und Funktionäre der „Osmanen Germania“ hinaus ist es unabdingbar, auch die politischen Strippenzieher in Ankara und der Bundesrepublik Deutschland mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln zur Verantwortung zu ziehen, um die staatliche Souveränität der Bundesrepublik Deutschland zu wahren und in vollem Umfang wiederherzustellen.